

Beilage zur Weizert-^W Zeitung

Nr. 161

Sonnabend, am 13. Juli 1929

95. Jahrgang

Chronik des Tages.

Die deutsch-belgischen Markverhandlungen sind zum Abschluß gekommen.
Der fröh. französische Finanzminister Klotz wurde zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und einer Geldstrafe von 50 Franken verurteilt.
Im Stinnesprozeß begannen die Plädoyers der Staatsanwaltschaft und Verteidigung.
In derziehung der vierten Klasse der 33.250. Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel der Hauptgewinn in Höhe von 100 000 Mark auf die Nummer 162 834. Das Los wird in Wisteln in Schwesin in Mecklenburg und in Magdeburg gespielt.
Am Dienstag wird die Schwebbahn von Bad Harzburg nach dem Burgberg eingeweiht. Im Anschluß daran will man die Verlängerung der Bahn über das Molkenhaus bis zur Brocken Spitze in Angriff nehmen.
In Concarneau in Frankreich ist ein Großfeuer ausgebrochen, das bisher vier Häuser zerstörte und sich in dem stark besetzten Viertel der Stadt weiter ausbreiten droht.
Gelegentlich einer Vorführung der Feuerwehre verbrannten in Wiltshire in der englischen Grafschaft Kent zwölf Seefadetten.
Bei einer Unwetterkatastrophe am Schwarzen Meer sind nach den bisherigen Feststellungen mindestens 400 Menschen ums Leben gekommen.

Der Staatshaushaltsplan bewilligt.

Rehrans im Landtag. — Beratung zahlreicher Statkapitel. — 50 000 Reichsmark für junge Dramatiker. — Vertagung bis zum 17. Oktober.

Dresden, 12. Juli 1929.

Die Neuwahlen hatten immerhin eine empfindliche Störung der laufenden Landtagsarbeit verursacht, so daß für den nennigsten Landtag die Verabschiedung des Staatshaushalts die dringlichste Aufgabe wurde. Dank der anstrengenden Vorarbeit in den Ausschüssen konnten die einzelnen Statkapitel ziemlich reibungslos erledigt werden.

In Beginn der heutigen, letzten Sitzung des Landtags vor den Ferien wurden die von gestern noch ausstehenden Bestimmungen vorgenommen.

In dem Kapitel Staatstheater, Sammlungen für Kunst und Wissenschaft wurde beschlossen: Die Regierung solle einer Erhöhung der Eintrittspreise bis auf weiteres nicht zustimmen, vielmehr sollten Volksvorstellungen in niedrigeren Eintrittspreisen in Erwägung gezogen werden.

Außerdem sollen für die junge Generation als Unterstützung 50 000 Reichsmark als zehn Preise zu je 5000 Reichsmark zur Verfügung gestellt werden. Die Einkstellungen für dieses Kapitel wurden genehmigt.

In dem Kapitel 18. Gesamtministerium und Staatskanzlei, fordert Abg. Wilhelm (Wirtsch.), daß die Regierung mit der Reichsregierung Fühlung nehmen solle, um zwischen dem Reich und den Ländern die gegenseitige Aufhebung der Gesandtschaften zu erwirken.

Abg. Dehne (Dem.) erklärt, daß die Zurückhaltung der früheren Regierung daran Schuld trage, daß die Staatskanzlei zu sehr in den Vordergrund getreten sei, statt lediglich als Büro für den Minister zu dienen.

Schließlich werden die Einkstellungen genehmigt und das Gehalt des Ministerpräsidenten gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten bewilligt. Ebenso wird die Aufhebung der Münchener Gesandtschaft zum 31. März 1930 mit den Stimmen der Linken, der Nationalsozialisten, der Wirtschaftspartei und dem linken Flügel der Volkspartei beschlossen.

Darauf wird der Gesetzentwurf zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1929 vorgelegt. Der Verichterstat, Abg. Müller, verliest die Anträge der Regierung. Der Landtag wolle beschließen, für die Gesamteinnahmen für das Rechnungsjahr 1929 den Betrag von 406 971 180 M., für die Gesamtausgaben den Betrag von 434 928 040 M. einzusetzen, und den Fehlbetrag nach Abzug der durch das Gesetz festgelegten Einsparungen mit 27 956 860 M. festzusetzen. Die Gesamtausgaben für den außerordentlichen Etat belaufen sich auf 49 318 950 M.

Nach einer längeren Aussprache zwischen den Vertretern verschiedener Parteien wurde das Statgesetz gegen die Stimmen der beiden Einheitsparteien angenommen. Dagegen wurde die für den Finanzminister beantragte Gewährung besonderer Vollmachten mit 69 gegen 22 Stimmen in namenhafter Abstimmung abgelehnt.

Als letzten Punkt der Tagesordnung beriet man die Vorlage zum Bau eines neuen Krappelheims, zu der die Zustimmung des Hauses erteilt wird.

Zum Schluß gab der Ministerpräsident Dr. Wünger eine Erklärung ab, in der er betonte, die Regierung werde bemüht sein, die Beschlüsse des Landtags loyal durchzuführen. Es sei aber ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Kassenlage dazu führe, besondere Einkstellungen vorzunehmen. Die Regierung werde dem Landtag jede Rechenschaft ablegen.

Nach dieser Erklärung des Ministerpräsidenten vertagte sich das Haus auf den 17. Oktober.

Noch keine Räumungsanzeichen.

Nur Umgruppierungen im Gange. — Man erwartet einen englischen Vorstoß.

Koblenz, 13. Juli.

In der letzten Zeit sind verschiedentlich Meldungen verbreitet worden, nach denen die Vorbereitungen zur Gesamträumung begonnen haben. Vom besetzten Gebiet können diese Gerüchte nicht bestätigt werden. Bisher sieht man nur fest, daß sich die Franzosen ernstlich auf die Räumung der zweiten Zone bis zum 10. Januar 1930 einrichten.

So sind z. B. in der zweiten Zone die Rekruten, die sonst regelmäßig in den ersten Aufzügen eintrafen, in diesem Jahre ausbleiben, obwohl die alten Mannschaften entlassen worden sind. Die Regimenter in der zweiten Zone haben nur noch den halben Mannschaftsbestand. Eine weitere Minderung erfahren die Truppen in der zweiten Zone

dadurch, daß in Koblenz in den nächsten Tagen ein Infanterie- und ein Artillerie-Regiment aufgelöst werden. Mit der Gesamträumung hat das aber nichts zu tun; auch liegen bei keiner amtlichen deutschen Stelle Anzeichen vor, die darauf schließen lassen, daß die Räumung der zweiten Zone am 1. September schon beendet ist.

Daß gegenwärtig von der Räumung der dritten Zone überhaupt noch nicht gesprochen werden kann, ergibt sich schon daraus, daß man hier umfangreiche Materialtransporte von der zweiten in die dritte Zone beobachten kann. Ferner wird uns vom städtischen Besatzungsamt mitgeteilt, daß die Freigabe von Besatzungswohnungen im ersten Halbjahr 1929 sich genau in dem gleichen Rahmen wie in den früheren Jahren hält, so daß auch daraus keine Hoffnungen geschöpft werden können.

Biel beachtet wird hier eine Londoner Meldung, nach der die englische Abordnung auf der bevorstehenden politischen Konferenz in jedem Falle die Frage der sofortigen und vollständigen Räumung des Rheinlandes schon in den ersten Verhandlungstagen aufwerfen will. Nach diesen Auslassungen geht das englische Ziel dahin, während des ersten Teiles der Konferenz eine feierliche Erklärung der Besatzungsmächte für die baldige und vollständige Räumung des Rheinlandes zu erwirken. Für den Fall, daß Frankreich und Belgien auf der vorläufigen Fortdauer der Besatzung bestehen sollten, kündigen die englischen Blätter eine Sonderaktion an: die Zurückziehung der britischen Truppen.

Die diplomatischen Verhandlungen.

Man wartet auf die Beilegung der Differenzen. — Drei Konferenzen in Sicht.

Die diplomatischen Vorverhandlungen über die Inkraftsetzung des Young-Plans werden noch immer durch die englisch-französischen Differenzen verzögert. England hat einen letzten Versuch gemacht, London als Tagungsort durchzusetzen, doch wird es dann wohl nachgeben und sich mit einer schweizerischen Stadt einverstanden erklären, vorausgesetzt, daß man sich nicht doch noch auf halbem Wege entgegenkommt und Baden-Baden als Konferenzort wählt.

Der Zusammentritt des Organisationskomitees, der für den 15. Juli in Aussicht genommen war, dürfte sich bis in die ersten Augusttage verzögern. Zusammenfassend ist zu sagen, daß drei Konferenzen geplant sind: Eine Konferenz der Regierungen, die sich mit der Inkraftsetzung des Young-Plans und der Rheinlandräumung beschäftigen soll; eine Konferenz der Leiter der Notenbanken über das Statut der Bank für internationale Zahlungen und drittens eine „Organisations-Konferenz“ zur Regelung der Ueberleitungsfragen.

Montreux bringt sich selbst in Vorschlag.

Die Behörden der Stadt Montreux am Genfer See haben sich an die interessierten Regierungen mit dem Anerbieten gewandt, Montreux als Ort der bevorstehenden politischen Konferenz zu wählen. Vausanne soll als Tagungsort nicht mehr in Frage kommen; man spricht jetzt u. a. von Luzern.

Poincaré, Briand und Cheron Verhandlungsführer.

Paris, 13. Juli. Die französische Abordnung für die Regierungskonferenz wird außer dem Ministerpräsidenten Poincaré Außenminister Briand, Finanzminister Cheron, den Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, und den Generalsekretär des Außenministeriums, Berthelot, umfassen.

Italien fordert Kamerun.

Schlechter Stand der französisch-italienischen Verhandlungen.

Der französische Botschafter in Rom, de Beaumarchais, begab sich nach Paris und unterrichtete Briand über das bisherige Ergebnis seiner Verhandlungen mit Italien. Gutes scheint de Beaumarchais nicht berichtet zu haben. Nach den Auslassungen der Pariser Presse zu schließen, liegt der französisch-italienische Ausgleich in Afrika und ebenso der Abschluß eines Freundschaftsvertrags noch in weiter Ferne.

In der Afrikafrage hat Frankreich sich zur Abtretung eines Gebietsstreifens von Tripolis an Italien bereit erklärt. Es hat ferner angeboten, daß in Tunis die erste Generation der italienischen Einwanderer ihre italienische Staatszugehörigkeit behält und erst die dritte Generation, wenn sie im Lande bleiben will, sich naturalisieren lassen muß. Italien soll jedoch sämtliche Vorschläge abgelehnt und Anspruch auf das Gebiet von Dorkou am Tschad-See erhoben sowie die Anerkennung des Mandats über die ehemalige deutsche Kolonie Kamerun verlangt haben.

Antragbare Kontrollkommission.

Wichtiges des Zentrumsführers Kaas mit dem Minister für die besetzten Gebiete.

Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, hat an den Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, einen Brief gerichtet, der sich mit gewissen in der französischen Presse aufgetauchten Forderungen bezüglich der sogenannten Feststellungs- und Versöhnungskommission befaßt. Der Wortlaut des Briefes soll nach Einholung der Genehmigung durch das Auswärtige Amt im Laufe des heutigen Sonnabends veröffentlicht werden.

Wie verlautet, stellt Kaas in seinem Brief ausdrücklich fest, daß die Annahme einer Feststellungs-

und „Versöhnungs“ Kommission für die Rheinlande durch Deutschland unter keinen Umständen in Frage kommen kann. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete dürfte in seinem Schreiben gleichfalls zum Ausdruck bringen, daß Deutschland lieber die Besatzung bis 1930 in Kauf nimmt, als eine „Versöhnungs“ Kommission anzunehmen, die nur eine Verschleierung der Militärkontrolle darstellt.

In unterrichteten Kreisen mißt man dem Briefwechsel große Bedeutung bei.

Einigung über die Markfrage.

Die deutsch-belgischen Sonderverhandlungen beendet.

Wie verlautet, sind die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Kriegsmark beendet. Das Ergebnis der Verhandlungen beschäftigte am Freitag nachmittag den belgischen Ministerrat. Die Veröffentlichung des Abkommens wird für die nächsten Tage erwartet. Nach den Antwerpener „Reptune“ sollen sich Deutschland und Belgien auf eine bestimmte Zahl von Jahresraten geeinigt haben, die Deutschland auf die 6,1 Milliarden Papiermark, die Belgien übernommen hat, bewilligt. Von dieser Summe sollen dann die Beträge abgezogen werden, die man als betrügerisch in das Land hineingebracht ansieht. Das Blatt erzählt, daß man Deutschland die Aufhebung des Verlaufs der belgischen deutschen Güter zubilligen, und daß man aus bis zu einem gewissen Grade die bereits liquidierten Güter in Rechnung ziehen wolle.

Die zuständigen Stellen über den Inhalt des angebligen Abkommens noch nicht bekannt.

Politische Rundschau.

Berlin, den 13. Juli 1929.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bräuning, der sowohl dem Reichstag wie dem Preussischen Landtag angehört, hat wegen Arbeitsüberlastung sein Landtagsmandat niedergelegt.

Einseitige Verfügung gegen das Umgemeindungsgezet beantragt. Der Vizepräsident des Deutschen Landgemeindetages hat beim Staatsgerichtshof den Erlaß einer einseitigen Verfügung gegen das rheinisch-westfälische Umgemeindungsgezet beantragt, damit das Gezet nicht vor Entscheidung der schwebenden Klagen in Kraft gesetzt wird.

Protestbrief der Rektoren an den Kultusminister Dr. Beder. Die Rektoren und die Senate der Berliner Universität und der Technischen Hochschule legen in einem Schreiben an Kultusminister Dr. Beder gegen das Verbot der Versailles-Rundgebung Verwahrung ein und erklären, der Erlaß des Staatsministeriums habe das Recht der Selbstverwaltung durchbrochen.

Rundschau im Auslande.

Der amerikanische Botschafter in London, General Dawes, hatte eine neue Unterredung mit Macdonald über die Fortführung der Flottenverhandlungen.

In Peking brachen Kommunistenunruhen aus; zwei Polizeibeamte wurden von den Kommunisten verschleppt.

1,2 Millionen Tote in zwanzig Jahren Bürgerkrieg?

Der ehemalige mexikanische Außenminister unter Calles veröffentlichte einen Aufruf an das Land zur Wiederherstellung des inneren Friedens und Einstellung der Feindseligkeiten. Er schätzt, daß seit Beginn der Unabhängigkeitsbewegung gegen den Präsidenten Diaz im Jahre 1910, mehr als 1,2 Millionen Mexikaner ihr Leben in den Bürgerkriegen verloren haben.

Plädoyers im Anleihe-Prozeß.

Die Anklageverhandlung. — Der Staatsanwalt hält sämtliche Angeklagten für schuldig.

Im Kriegsanleiheprozeß wurde die Beweisaufnahme beendet. Im Anschluß daran begannen am Freitag die Plädoyers. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berliner, erklärte, er nehme nicht an, daß Stinnes fähig sei einen gewöhnlichen Vertrag an einem seiner Mitmenschen zu begeben, aber er gehöre zu denen, die infolge ihrer antisittlichen Einstellung es unbedenklich fänden, den Staat zu hintergehen. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß Stinnes eine stark antisittliche Einstellung besitze, die ihm keine Bedenken tragen lasse, sich auf Kosten des Staates zu bereichern. Aus dieser antisittlichen Einstellung heraus, habe er mehrfach Steuerhinterziehungen begangen, und aus dieser Einstellung heraus sei auch die in diesem Prozeß Stinnes zur Last gelegte Tat zu erklären.

Der Staatsanwalt gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß Eugen und Leo Hirsch, Groß und Schneid von vornherein gewußt hätten, daß das Anleihegeschäft auf betrügerischer Grundlage aufgebaut war, bei Stinnes, Rothmann und v. Wadow könne man das nicht mit Bestimmtheit nachweisen, sie hätten aber im Verlaufe des Geschäftes den betrügerischen Charakter erkannt und trotzdem das Geschäft weiter durchgeführt.

Klotz zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der frühere französische Finanzminister und Senator Klotz wurde wegen Ausgabe ungedeckter Schecks, Untreue und Betruges zu zwei Jahren Gefängnis und 50 Francs Geldstrafe verurteilt. Wie der Vorsitzende